

Zivilgesellschaft & Entwicklung

2007



**Bilanz der EU- und G8-Präsidentschaft
Ein bewegtes Jahr im Kampf gegen Armut**

Inhalt

Editorial – 3

Der G8-Gipfel in Heiligendamm

Ein Fortschritt in der Armutsbekämpfung? – 4

DR. CLAUDIA WARNING UND VERENA WIESMANN

„Afrikas Perspektive – Europas Politik“

Ein Rück- und Ausblick – 6

ANKE KURAT

Entwicklungshilfe = Geldverschwendung?

Eine Auseinandersetzung mit Kritikern – 8

ULI POST

Kommentar aus dem Süden:

Die Zivilgesellschaft des Nordens und die Marginalisierung Afrikas – 9

PATER GEORGE EHUSANI

Weltweiter Kampf gegen Tuberkulose, HIV/AIDS und Malaria

Die Chancen der Geberkonferenz in Berlin – 10

JÜRGEN HAMMELEHLE

Licht und Schatten – Halbzeitbilanz bei den Millennium-Entwicklungszielen – 11

CLAUS KÖRTING

Gender und Wirkungsbeobachtung in der Entwicklungszusammenarbeit – 12

MERLE BILINSKI UND MARIE GANIER-RAYMOND

Macht der Klimawandel Erfolge der Armutsbekämpfung zunichte?

Neue Herausforderungen für die Zivilgesellschaft – 14

DR. BERND BORNHORST UND SVEN HARMELING

Energie: Schmierstoff für Entwicklung? – 15

JÜRGEN MAIER

weltwärts – mit dem entwicklungspolitischen Freiwilligendienst – 16

HILDEGARD PETERS

Zivilgesellschaftliche Ansätze stärken

Positionspapier zu „Perspektiven für Frieden, Wiederaufbau und

Entwicklung in Afghanistan“ – 17

PETER RUNGE

Info

Neuerungen im steuerlichen Spendenrecht – 18

Globales Lernen – Ein Austausch zwischen Theorie und Praxis – 19

MONIKA DÜLGE UND STEFAN KREUTZBERGER

Aktuelle VENRO-Publikationen – 20

VENRO-Mitglieder – 21

Impressum – 23

**In der Heftmitte finden Sie eine Beilage über
Daten und Fakten zur VENRO-Arbeit.**

Editorial

Selten zuvor war Entwicklungspolitik so präsent in den Medien und der öffentlichen Aufmerksamkeit wie im Jahr 2007. Die Themen Afrika und Armutsbekämpfung bestimmten neben der Klimafrage den G8-Gipfel in Heiligendamm und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Unser Erfolg? – „Afrikas Perspektive – Europas Politik“, das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft und die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ haben vielfältige Impulse gegeben und Akzente gesetzt.

Eine Analyse der Ergebnisse des G8-Gipfels sowie ein Rück- und Ausblick zum EU-Projekt stehen daher im Vordergrund dieses Heftes. Die breite öffentliche Mobilisierung durch die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ (DSGA) und das P8-Konzert in Rostock sprechen dabei für sich: Armutsbekämpfung ist kein Randthema, sondern ein Anliegen, das die Menschen bewegt. Aber auch die Erhöhung der deutschen Entwicklungshilfe um 750 Millionen Euro wäre ohne den zivilgesellschaftlichen Druck der letzten Jahre und insbesondere dieses „Präsidentschaftsjahres“ wohl nicht zustande gekommen. Die Aktion DSGA dokumentieren wir daher mit einer eigenständigen Broschüre als Beilage: Sie berichtet von der Entstehung der Aktion im Jahr 2005 und erinnert an die Highlights, die Erfolge und die besondere Kraftanstrengung aller Beteiligten in den letzten Jahren.

Bei aller Freude über das ermutigende zivilgesellschaftliche Votum, mehr gegen die Armut in der Welt zu tun: Das Ausmaß von Armut und Hunger ist nach wie vor dramatisch und die Umsetzung der UN-Entwicklungsziele liegt noch immer in weiter Ferne. Wie sehr, beleuchtet der Beitrag zur MDG-Halbzeitbilanz. Konkrete Fortschritte gibt es allerdings beim weltweiten Kampf gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Dem Globalen Fonds wurden bei der Geberkonferenz in Berlin im September diesen Jahre beachtliche neue Mittel zugesagt. Das ist erfreulich! Wie und für was das Geld konkret eingesetzt wird, muss transparent gemacht und sehr viel stärker als bisher mit zivilgesellschaftlichen Organisationen abgestimmt werden.

Trotz des breiten Zuspruchs in der Öffentlichkeit waren aber auch immer wieder Stimmen in den Medien hörbar, die Entwicklungshilfe als reine Geldverschwendung und Entwicklungshemmnis kritisieren. Auch wenn die Kritik nicht neu sei und es vor allem an Alternativvorschlägen fehle, müsste sich die Zivilgesellschaft viel aktiver an der Debatte beteiligen, so der Beitrag in diesem Heft hierzu. Auch der Kommentar aus einer afrikanischen Perspektive beschäftigt sich mit dem herrschenden Entwicklungsparadigma und fragt dabei insbesondere nach der Rolle der Zivilgesellschaft im Norden und ihrer Bereitschaft für wirkliche Partnerschaft und Veränderung. Die Notwendigkeit dazu stellt sich aktuell für die entwicklungspolitischen NRO immer stärker auch bei traditionell eher umweltpolitischen Fragen. Denn die Folgen des Klimawandels sind für die Armen besonders dramatisch und damit eine der zentralen Herausforderungen für die Armutsbekämpfung. Eine der entscheidenden Maßnahmen liege dabei in einer weltweiten Energiewende, die vor allem auf dezentralisierte Strukturen und Bioenergie setzt.

Wie wichtig insgesamt die Stärkung zivilgesellschaftlicher Ansätze für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ist, zeigt auch der Beitrag zum VENRO-Positionspapier „Perspektiven für Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan“. Denn: Die konkrete Lebenssituation der Armen muss Ausgangspunkt aller entwicklungspolitischer Maßnahmen sein. Und diese müssen immer wieder auf ihre tatsächlichen Wirkungen im Alltag der Menschen hin überprüft werden.

Wir wünschen allen Lesern eine anregende Lektüre.

Das Redaktionsteam:

Stefan Kreutzberger
Dr. Ulla Mikota
Marc Baxmann

Der G8-Gipfel in Heiligendamm Ein Fortschritt in der Armutsbekämpfung?

Aus Sicht der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen kann der Erfolg eines G8-Gipfels nur daran gemessen werden, ob die dort getroffenen Beschlüsse die Bekämpfung der weltweiten Armut befördern oder behindern.

Zunächst ist es als Erfolg zu bewerten, dass die G8 ihre Afrika-Agenda nicht nur auf wirtschaftliches Wachstum und Investitionen beschränkt, sondern sich auch mit den „Kernprinzipien der Entwicklungspolitik“, auseinandergesetzt haben.

Auch die Ankündigung der Bundesregierung, ihre jährlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit um 750 Millionen Euro zu steigern, ist zu begrüßen. Diese Erhöhung reicht jedoch nicht aus, um die selbst gesteckten Ziele im ODA-Stufenplan zu erreichen. Zudem ist es verwunderlich, dass die Bundesregierung den NRO-Titel im Entwicklungsetat „Private Träger“ nicht entsprechend dem Gesamtzuwachs erhöht. Denn zum einen sind gerade NRO dank ihrer unmittelbaren Partnerstrukturen in den Armutsgebieten in besonderer Weise geeignet, einen signifikanten Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. Zum anderen wäre die Steigerung der Entwicklungsausgaben ohne den er-

heblichen zivilgesellschaftlichen Druck vermutlich nicht zustande gekommen.

Für die HIV/AIDS-Bekämpfung haben die G8-Staaten 60 Milliarden Dollar zugesagt – eine beachtliche Summe. Es bleibt jedoch unklar, für wen die versprochenen Gelder bestimmt sind, auf welchen Zeitraum sie verteilt werden und ob es sich dabei um „frisches Geld“ handelt – eine Mogelpackung also? Unter der Annahme, dass dieses Geld auf fünf Jahre verteilt zur Verfügung gestellt wird – wie es die Bush-Regierung vorhat, die allein die Hälfte der Summe aufbringen will – deckt dieser Betrag nach Schätzungen von UNAIDS gerade die Hälfte des tatsächlichen globalen Finanzbedarfs. Ein herber Rückschlag ist, dass das Versprechen, bis 2010 einen universellen Zugang zu HIV/AIDS-Behandlungen sicherzustellen, stillschweigend aufgegeben wird, indem die Unterstützung in der Abschlusserklärung auf fünf Millionen Menschen begrenzt wird. Angesichts rund 40 Millionen HIV-Infizierter weltweit ist dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Um einen Zugang sicherzustellen, wäre es weiterhin wichtig gewesen, den Patentschutz auf überlebenswichtige Medikamente zu lockern, damit Betroffene in Entwicklungsländern mit kostengünstigen Generika versorgt werden kön-



nen. Doch die G8-Runde hat sich der Unternehmerlobby gebeugt und den Patentschutz gefestigt.

Auch die Ergebnisse im Bereich Welthandel sind aus zivilgesellschaftlicher Sicht enttäuschend. Während der Entwurf des Afrika-Kommuniqués vom April noch vorsah, für Produkte aus den ärmsten Entwicklungsländern spätestens ab 2013 einen zoll- und quotenfreien Zugang zu den Märkten der G8 zu gewährleisten, findet sich in der endgültigen Fassung kein Datum mehr. Übrig geblieben ist eine unverbindliche Absichtserklärung. Das Thema Agrarsubventionen wurde gar nicht erst angesprochen. Der finanzielle Schaden, der den afrikanischen Ländern durch eine weitere Öffnung ihrer Märkte bei den derzeitigen unfairen Welthandelsregeln entsteht, dürfte die versprochenen vier Milliarden US-Dollar handelsbezogene Entwicklungshilfe („Aid for Trade“) um ein Vielfaches übertreffen.

Anstelle der Gestaltung eines gerechten Welthandels setzte die Bundesregierung den Fokus des G8-Gipfels in Heiligendamm auf die Förderung von Investitionen, insbesondere von ausländischen Direktinvestitionen (FDI). FDI sind jedoch qualitativ sehr unterschiedlich. Ihre Wirkungen sind äußerst komplex und nur schwer zu bewerten. Klar ist, dass FDI nicht auf Armutsbekämpfung abzielen, sondern wirtschaftliche Hintergründe haben. Dennoch üben sie einen unmittelbaren Einfluss auf die Wirtschafts- und Armutssituation vor Ort aus. Es sollte daher vielmehr über die Grundbedingungen und Folgen von FDI im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Armut nachgedacht werden. Kann beispielsweise eine ausländische Direktinvestition von Anfang an so gestaltet werden, dass sie Elemente der Armutsbekämpfung einbezieht bzw. negative Effekte im sozialen und ökologischen Bereich ausgeschlossen werden können?¹

Gewisse soziale und ökologische Standards sollten daher für alle (transnationalen) Unternehmen verpflichtend sein. Doch von verbindlichen, grenzüberschreitend wirksamen Unternehmensregeln ist man weit entfernt. Auch die G8 verlassen sich in dieser Hinsicht auf freiwillige Initiativen, wie den Globalen Pakt der Vereinten Nationen. So wichtig diese sind, sie sind keine Alternative zu rechtlichen Regulierungen. Unternehmen sollten beispielsweise nur dann staatliche Bürgschaften, Zuschüsse oder andere öffentliche Hilfen erhalten, wenn sie nachweislich die Menschenrechte sowie die sozialen und ökologischen Normen beachten.

Ein weiterer Schwerpunkt des G8-Gipfels lag auf der Bekämpfung des Klimawandels. Hier ging es vor allem darum, die US-Regierung auf konkrete Ziele zur Reduktion von Emissionen festzulegen. In einem ersten Entwurf des Communiqués zu „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft“ fanden sich folglich Formulierungen, wel-

che die G8-Runde dazu verpflichtet hätten, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad zu beschränken und die Emission von Treibhausgasen bis 2050 zu halbieren. Übrig geblieben ist jedoch nur die Bekundung, „eine Halbierung der globalen Emissionen bis 2050 ernsthaft [zu] prüfen“. Selbst auf einen Zeitplan für diese Prüfung konnte man sich nicht einigen. Immerhin konnten die USA dazu verpflichtet werden, in die Verhandlungen für ein Kyoto-Nachfolge-Protokoll einzusteigen. Ob es wirklich gelingt, ein „umfassendes Übereinkommen“ zu vereinbaren, „das alle wichtigen Emissionsländer einschließt“, wird sich im Dezember in Bali zeigen. Ein entschiedenes Vorgehen ist dringend geboten. Prognosen zufolge werden 2025 infolge des Klimawandels rund 35 Prozent der afrikanischen Bevölkerung von Wasserknappheit betroffen sein.

„Alle wichtigen Emissionsländer“ schließt auch aufstrebende Schwellenländern wie Indien und China mit ein. China wird vermutlich noch in diesem Jahr die USA als größten CO₂-Emittenten ablösen. Dass sich die G8 im sogenannten „Heiligendamm-Prozess“ dem Dialog mit fünf wichtigen Schwellenländern – den sogenannten „Outreach 5“: China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika – öffnen, ist unerlässlich. Doch sollten hierbei nicht nur der Klimawandel oder die Stärkung der Investitionsfreiheit auf der Tagesordnung stehen, sondern auch die Armutsbekämpfung. Denn weit über die Hälfte der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen, leben in diesen Ländern. Zudem muss darauf geachtet werden, dass das im Rahmen der OECD geplante Dialogforum G8-O5 nicht dazu führt, die anderen Länder – darunter vor allem die ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder – im internationalen System weiter zu marginalisieren.

Heiligendamm hat einige Fortschritte gebracht, insbesondere im Bereich der Entwicklungsfinanzierung und des Klimawandels, ein Meilenstein für die Armutsbekämpfung war es jedoch nicht. Dafür hätten die Beschlüsse weitreichender und konkreter sein müssen. Die G8 blieben hinter ihren Versprechungen und vor allem hinter ihrem Potenzial zurück. Aus NRO-Sicht kann dies nur heißen, den Regierungen weiter auf die Finger zu schauen und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Dr. Claudia Warning ist Vorsitzende des VENRO-Vorstands und Mitglied des Vorstands des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED).



Verena Wiesmann ist Projektkoordinatorin für NRO-Vernetzung in der VENRO-Geschäftsstelle.



1 Siehe hierzu: Ausländische Direktinvestitionen – Königsweg für die Entwicklung des Südens? In: VENRO, 2015 im Gespräch Nr. 11, 2007.

„Afrikas Perspektive – Europas Politik“ Ein Rück- und Ausblick



Sechs Monate EU-Ratspräsidentschaft sind eine kurze Zeit, um politische Prozesse zu beeinflussen. Das gilt für die staatliche Seite wie für die Zivilgesellschaft. Die zentrale Botschaft des VENRO-Präsidentschaftsprojekts war daher lange im Voraus einfach und klar formuliert: „Afrikas Perspektive – Europas Politik: Die Menschen müssen zu Wort kommen, um die es geht“.

VENRO hatte sich bereits Ende 2005 entschieden, die Entwicklung der afrikanischen Länder zum Thema seines Präsidentschaftsprojekts zu machen. Die staatliche Seite veröffentlichte ihre Schwerpunkte erst Ende 2006. Mit seiner frühen Positionierung hat der Verband dazu beigetragen, dass Afrikas Entwicklung ganz oben auf die Agenda gerückt ist. Es stimmt optimistisch, dass nun mit dem gemeinsam erarbeiteten Präsidentschaftsprogramm der Troika Deutschland – Portugal – Slowenien Kontinuität für das nächste Jahr gewährleistet ist.

Rückblickend lässt sich sagen: Die Kraftanstrengung für VENRO und seine Mitglieder war erheblich. Vieles wurde angestoßen, wie beispielsweise eine verbesserte Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten, die EU-Afrika-Energiepartnerschaft oder auch der Code of Conduct gegen die Abwerbung von Gesundheitsfachkräften. Diese Prozesse

müssen jetzt entwicklungsförderlich umgesetzt werden.

Zwei zentrale Themen verdienen besondere Aufmerksamkeit: die neue gemeinsame EU-Afrika-Partnerschaft und die Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA).

1) EU-Afrika-Partnerschaft

Die einseitig von der EU beschlossene Afrika-Strategie von 2005 wurde von der Zivilgesellschaft aufgrund der mangelnden Partnerschaft scharf kritisiert. Der Wille der EU-Mitglieder, diese Strategie mit Afrika 2007 auf eine gemeinschaftliche Basis zu stellen, kam für die deutschen NRO zur rechten Zeit. Dadurch konnten die NRO-Forderungen des VENRO-Manifests zu den Themenbereichen Sicherheit und Entwicklung, Gender, HIV/AIDS, Energieversorgung und Anpassung an den Klimawandel rechtzeitig in zentrale politische Prozesse eingespeist werden.

Die neue Partnerschaft, die auf dem EU-Afrika-Gipfel verabschiedet wurde, setzt stark auf die Zivilgesellschaften in den Ländern beider Kontinente. Hier klafft zwischen Theorie und Praxis allerdings noch eine beträchtliche Lücke. Die Herausforderungen betreffen das Verhält-



nis zur staatlichen Seite, aber auch die Zivilgesellschaft(en) als solche:

- Die Diskussionen mit dem EU-Entwicklungskommissar haben gezeigt, dass die Zivilgesellschaften mehr denn je als Erfüllungsgehilfen in einem nicht abgegrenzten Spektrum mit anderen Akteuren gesehen werden. Es hat sich eine neue Nomenklatur („non state actors“) auf Brüsseler Ebene durchgesetzt, die auch die nationale Ebene zu beeinflussen droht.
- Die Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zur Einbindung der Zivilgesellschaft müssen an Substanz und Verbindlichkeit gewinnen.
- Die europäische Zivilgesellschaft muss Wege zu einer besseren Arbeitsteilung zwischen der Brüsseler und der nationalen Ebene finden. Hier sind CONCORD und seine Mitglieder gefordert.
- Es geht aber auch um Fragen einer strategischen und effektiven Vernetzung zwischen den Zivilgesellschaften Afrikas und Europas, um gemeinsam die Umsetzung der Strategie und ihrer Aktionspläne zu begleiten.

2) Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Das zweite zentrale Anliegen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft war der fristgerechte Abschluss der WPA. Kein anderes Thema wurde so oft diskutiert und war so heftig umstritten mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission. Auch wenn die AKP-Staaten anlässlich des informellen Entwicklungsministertreffens im März ihre Bereitschaft zur Unterschrift signalisiert haben, hat die Verhandlungsrealität die staatliche Seite eingeholt.

Die Zeitknappheit hat den NRO letztendlich Recht gegeben. Die meisten Abkommen sind nicht unterschriftsreif. Zu viele Fragen, insbesondere die der Wirkung auf die Volkswirtschaften und die Situation der armen Bevölkerung, sind ungeklärt. Von zivilgesellschaftlicher Seite wurde kontinuierlich daran erinnert, dass Wirtschaftswachstum und Armutsverringerung nicht per se in kausalem Zusammenhang stehen und die Abkommen entwicklungsförderlich gestaltet werden müssen.

Die Situation ist für die AKP-Staaten prekär: Die Europäische Kommission versucht auch weiterhin ihre Position durchzusetzen, im Rahmen der WPA auch Abkommen über Investitionen und Dienstleistungen abzuschließen. Dagegen wehren sich die AKP-Staaten. Daher versucht die Kommission dies nun in zwei Schritten umzusetzen: Bis zum Jahresende will sie erstens die Abkommen über den Warenverkehr abschließen und zweitens die weiteren Verhandlungen über Investitionen und Dienstleistungen verbindlich daran koppeln. Problematisch ist zudem, dass die Kommission nun mit einzelnen Ländern und Subregionen und nicht mit den regionalen Organisationen unterschriftsreif verhandeln will.

Damit unterminiert die EU laufende Integrationsprozesse, die die WPA eigentlich stärken sollen.

Fazit

Nach 1999 war „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ wahrscheinlich das zweite aber auch letzte VENRO-Präsidentschaftsprojekt dieser Form in der Geschichte des Verbandes. Die EU-Verfassungsreform sieht zukünftig ein anderes System vor: Der Vorsitz des Europäischen Rates soll zukünftig nicht mehr halbjährig rotieren, sondern für zweieinhalb bis fünf Jahre gewählt werden.

VENRO und seine Mitglieder haben die deutsche EU-Ratspräsidentschaft genutzt und mehr als eine Pflichtübung aus deren Begleitung gemacht.



Vergleicht man die europäische Entwicklungspolitik mit einem Schiff, dann ist sie ein Tanker, der sich nur schwer und träge bewegt und viel Energie schluckt. Die Zivilgesellschaft hat rückblickend für ausreichend Wind und Wellen gesorgt, um den Kurs der europäischen Entwicklungspolitik stärker auf die Armutsbekämpfung zu lenken. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist zu Ende und man ist ein Stück weiter gekommen. „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ hat dabei auch VENRO verändert. Wir praktizierten neue Maßstäbe in der Lobbyarbeit und in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern unserer Mitglieder. Diese gilt es auch in Zukunft erfolgreich umzusetzen.

Anke Kurat ist Referentin für Europäische Entwicklungspolitik in der VENRO-Geschäftsstelle und hat das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft koordiniert.



Entwicklungshilfe = Geldverschwendung?

Eine Auseinandersetzung mit Kritikern

Während „Deine Stimme gegen Armut“, Bono, Grönemeyer und Geldof im Schatten des G8-Gipfels eine in Deutschland nie da gewesene Medienaufmerksamkeit für ihre Aufrufe zugunsten einer höheren und besseren Entwicklungshilfe erfuhren, hatten – als Reflex – auch die Kritiker der Hilfe in den Medien Hochkonjunktur. Selbst Korrespondenten, denen man eine gewisse Grundsympathie für die NRO-Anliegen unterstellen kann, meldeten sich mit sehr kritischen Tönen zu Wort.

So schrieb Thomas Scheen am 6. Juni in der FAZ: „Entwicklungshilfe und die Nothilfe sind längst zu einer Industrie mit Umsätzen in Milliardenhöhe geworden, in der es vor allem um Umsätze geht (...) Entwicklungshilfe hat sich zum eigentlichen Drama des afrikanischen Kontinents entwickelt. Denn dieses Geld kostet den Adressaten nichts und wirkt deshalb kontraproduktiv.“

Scheen war mitnichten ein Einzelfall; eine solche Balgung kritischer Beiträge wie im laufenden Jahr gab es zuvor noch nie. Mehrfach wurden auch afrikanische Kronzeugen für das Versagen der Hilfe zitiert. Insbesondere der „Spiegel“-Liebling James Shikwati aus Kenia verrennt sich dabei in abenteuerliche Thesen, beispielsweise wenn er nach der Einstellung der Hilfe eine „Wiedergeburt“ Afrikas prophezeit.



Nun ist Kritik an der Entwicklungshilfe so alt wie die Entwicklungshilfe selbst. Insbesondere Lord Peter Bauer hatte schon in den 60er und 70er Jahren massive Zweifel am Sinn der Hilfe geäußert. Die aktuellen Kritiker haben Bauers Kritik nicht wirklich substanziell Neues hinzuzufügen. Dennoch verdienen vor allem William Easterlys „The White Man's Burden“ sowie Thomas W. Dichters „Despite Good Intentions“, zwei sehr gut lesbare Attacken auf die Entwicklungshilfe, eine ernsthafte Auseinandersetzung.

Während die Kritiker in ihren Analysen und Beobachtungen oft sehr scharfsinnig und treffend sind, wird es bei ihren Alternativvorschlägen ziemlich dünn. Viel mehr, als den freien Kräften des Marktes ihren Lauf zu lassen oder viele Grameen-Banken zu gründen, haben die meisten Auto-

ren nicht anzubieten. Es wäre jedoch fahrlässig, die Kritiker der Entwicklungshilfe deshalb als uninteressant abzutun. Ebenso wenig zählen die Einwände, die Kritik sei ausschließlich an die staatliche oder multilaterale Adresse gerichtet, oder aber die Entwicklungshilfe sei doch Peanuts im Vergleich zu den Summen, die im Handel oder bei Direktinvestitionen bewegt werden.

Es sind im Wesentlichen die folgenden Argumente, die sich wie ein roter Faden durch die Kritiken ziehen:

1. Entwicklungshilfe ist zu einer Industrie geworden, in der es vor allem um Umsätze geht. Weil das so ist, findet Hilfe der staatlichen und nichtstaatlichen Geber völlig unkoordiniert und in Konkurrenz zueinander statt.
2. Entwicklungshilfe lähmt die Eigeninitiative.
3. Entwicklungshilfe verspricht erheblich mehr als sie halten kann. Es gibt keine positive Korrelation zwischen Hilfe und wirtschaftlicher Entwicklung.
4. Entwicklungshilfe fördert die Korruption oder die Bereicherung einiger weniger.
5. Durch Planung und Eingriffe von außen lässt sich in Entwicklungsländern nichts bewegen.
6. Entwicklungshilfe fördert die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den reichen Ländern.

Entwicklungshilfe – so lässt sich die Kritik resümieren – helfe nicht dabei, Elend und Unterdrückung zu überwinden, sondern sei Ursache von beidem.

Nun sind Behauptungen, die hin und wieder in Zeitungen aufgestellt werden, noch kein gesellschaftliches Allgemeingut. Noch nicht. Um zu verhindern, dass Entwicklungsmüdigkeit oder Hilfe-Pessimismus um sich greifen, müssen nicht nur die staatlichen Akteure, sondern auch die NRO viel aktiver an der Debatte teilnehmen. Sie dürfen sich nicht einfach in der Hoffnung wegducken, dass eh niemand zuhört. Aktiv an der Debatte teilnehmen heißt auch, sich mit den Argumenten offensiv, öffentlich und auch selbstkritisch auseinanderzusetzen.

Uli Post ist stellvertretender VENRO-Vorsitzender und Leiter der Abteilung Information und Politik der Deutschen Welthungerhilfe.



Kommentar aus dem Süden: Die Zivilgesellschaft des Nordens und die Marginalisierung Afrikas

Die Verhandlungen über sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der EU und den AKP-Staaten haben heftige Kontroversen und viel Widerstand in Afrika und anderen Regionen ausgelöst. Meines Erachtens werden die Abkommen im Dezember 2007 nicht unterzeichnet werden können, denn viele Elemente der WPA basieren auf Voraussetzungen, die mit grundlegenden Fehlern behaftet sind. Auf Druck von WTO, multinationalen Unternehmen und Großinvestoren drängt die EU arme AKP-Länder, Abkommen zu unterzeichnen, die den Menschen kaum das Überleben sichern würden.



Die Zivilgesellschaft sollte nicht nur auf die Themen reagieren, die von den Vertretern eines ungerechten Weltwirtschaftssystems vorgegeben werden. Wir sollten die Aufmerksamkeit der einflussreichsten Politiker auf der Welt auf andere mögliche Entwicklungsparadigmen lenken, die zu echter menschlicher Entwicklung führen würden. Ich frage als ein Afrikaner, der jeden Tag mit der Erniedrigung einer sich ständig verschlimmernden Marginalisierung Afrikas in der Weltpolitik konfrontiert ist: Sind unsere europäischen Nachbarn wirklich bereit für den Aufbau einer gerechten globalen Gesellschaft anstatt einer, in der es auf der einen Seite Gewinner und auf der anderen Opfer gibt? Sind unsere europäischen Partner – und damit meine ich auch Aktivisten der Zivilgesellschaft, die sich tagtäglich für Afrika einsetzen – wirklich bereit für eine Partnerschaft mit gleichberechtigten Akteuren anstatt einer mit ungleicher Verteilung, die gleichsam durch die Begriffe „Geber“ und „Empfänger“ symbolisiert wird?

Sehr bald schon wird die Welt mit den ultimativen Konsequenzen des beispiellosen Wachstums westlicher Nationen konfrontiert werden, das durch übermäßigen und

verantwortungslosen Konsum gekennzeichnet war. Die Fachleute sind sich einig, dass die armen Länder Afrikas und Asiens am schlimmsten von dem bedrohlichen Phänomen der globalen Erwärmung betroffen sein werden.

Etwas ist grundlegend falsch am vorherrschenden Entwicklungsparadigma. Die politischen und wirtschaftlichen Festungen können in einer zunehmend globalisierten Welt nicht gehalten werden. Wir müssen kritisch jede Agenda prüfen und den dringend notwendigen ethischen Imperativ auf jedes Wirtschaftspaket anwenden, das die Champions der Weltwirtschaft vorlegen.

Die Menschheit verfügt im 21. Jahrhundert über die Mittel, die bittere Armut auszumerzen. Die Strategien, die auf dem EU-Afrika-Gipfel in Lissabon unterzeichnet werden sollen, werden dabei aber nicht helfen. Wir können die erniedrigende Armut Geschichte werden lassen, aber nicht über das Diktat der WTO oder durch die Diktatur der Marktkräfte.

Was wir brauchen und woran es leider fehlt, ist der politische Wille. Wir müssen dringend gegen den Trugschluss von grenzenlosem Wachstum angehen. Das endlose Streben nach wirtschaftlichem Wachstum zwischen den reichen Nationen muss eingedämmt werden. Sie müssen das notwendige Opfer bringen, einige ihrer Privilegien aufzugeben, die sie mit sowohl gerechten als auch ungerechten Mitteln erworben haben. Sie müssen ihre Konsummuster anpassen und lernen, einfach zu leben, damit andere einfach leben können.

Heute werden Milliarden Dollar für die Bekämpfung des Terrorismus und religiöser Fundamentalisten ausgegeben, und die Anstrengungen erweisen sich als vergeblich. Eine noch größere Bedrohung des Weltfriedens als vom religiösen Fundamentalismus geht jedoch davon aus, dass sich ganze Bevölkerungen armer Menschen, die nichts zu verlieren haben, zunehmend marginalisiert fühlen! Die Zivilgesellschaft muss deshalb die Verantwortung für die Zukunft übernehmen und sich dazu aufschwingen, Baumeister einer neuen Welt zu werden – mit globalem Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität.

Pater George Ehusani ist Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz in Nigeria. Zurzeit verbringt er sein Sabbatjahr bei MISEREOR. (Übersetzung aus dem Englischen von Klaus Birker)



Weltweiter Kampf gegen Tuberkulose, HIV/AIDS und Malaria

Die Chancen der Geberkonferenz in Berlin

Das Jahr 2007 stellt einen Meilenstein in der Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria dar. Der Kampf gegen die Infektionskrankheiten steht in engem Zusammenhang mit den beschlossenen Millennium-Entwicklungszielen. Darin haben sich die Regierungschefs unter anderem verpflichtet, bis zum Jahr 2015 sowohl die Anzahl der Menschen zu halbieren, die mit weniger als einem Euro am Tag auskommen müssen, als auch die Zahl der Neuinfektionen und die Ausbreitung von Malaria, AIDS und anderen Krankheiten wie Tuberkulose zurückzudrängen.



Im Jahr 2007 hat der Globale Fonds zur Bekämpfung dieser Krankheiten seine Geberkonferenz auf Betreiben von Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul nach Deutschland gelegt. Die Gastgeber gingen mit gutem Beispiel voran: Die Gelder aus Deutschland für die Bekämpfung der drei Pandemien werden ab 2008 mehr als verdoppelt. 200 Millionen Euro jährlich sollen in den kommenden drei Jahren an den Fonds gehen, der damit Projekte in 136 Ländern unterstützt. Diese finanzielle Zusage des Gastgebers sollte Signalwirkung für die anderen Länder haben, damit der Fonds die notwendige Unterstützung erhält, um Millionen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Bis zum Ende der Konferenz wurden dann 9,7 Milliarden Dollar zugesagt – nach Meinung vieler Experten allerdings noch zu wenig, um

täglich 16.000 Menschen vor dem Tod zu bewahren.

Die Weltgemeinschaft kann nicht einfach dabei zusehen, wie immer noch über zwei Drittel der Aidskranken – vor allem in Afrika – ohne lebensverlängernde Behandlung dahinvegetieren. Dabei ist es nicht immer das große Geld, das hilft. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern, dass der Globale Fonds vor Ort verstärkt mit kleineren Organisationen zusammenarbeiten sollte.

Diese sind näher dran an den notleidenden Menschen als die großen UN-Organisationen und arbeiten in entlegenen Gebieten, wo die staatlichen Strukturen nur wenig effizient sind.

Auch die Fokussierung auf nur drei Krankheiten birgt eine Gefahr: Das Gesundheitssystem als Ganzes kann aus den Augen verloren werden. Denn bei aller Hilfe durch den Globalen Fonds nützen Medikamente wenig, wenn beispielsweise die Logistik zur Auslieferung nicht vorhanden ist.

So müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Patienten in entlegenen Regionen zu versorgen. Besonders wichtig ist dabei, dass medizinisches Fachpersonal nicht in die großen Städte oder nach Europa abwandert, sondern vor Ort bleibt und den Kampf gegen das Stigma der Krankheiten aufnimmt. Denn aus Angst vor Ausgrenzung gehen viele Patienten zu selbsternannten Heilern. So passiert es immer wieder, dass falsch behandelte Patienten viel zu spät zur richtigen Therapie in ein Gesundheitszentrum kommen.

Bei der Auffüllungskonferenz des Globalen Fonds spielte die Privatwirtschaft bisher eine sehr untergeordnete Rolle. So klagte die Ministerin auch: „Wir brauchen dringend einen deutschen Bill Gates“ – als Stifter. Neue Ideen werden in Zukunft eine Rolle spielen: Zusätzliches Geld für die globale Gesundheit könnte eine Devisentransaktionssteuer bringen, oder eine Flugticketabgabe, die gestaffelt nach Klasse und Länge der Flugreise erhoben wird. In Frankreich wird diese Abgabe bereits seit über einem Jahr erhoben; sie unterstützt Projekte des Globalen Fonds.

Jürgen Hammelehle ist Mitglied des Vorstands von VENRO, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen AIDS und Geschäftsführer der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe.





Licht und Schatten – Halbzeitbilanz bei den Millennium-Entwicklungszielen

Beachtliche Fortschritte konnten erzielt werden, trotzdem ist die internationale Gemeinschaft noch weit davon entfernt, die Millennium-Entwicklungsziele (MDG) zu erreichen. So das Fazit der MDG-Halbzeitbilanz, die UN-Generalsekretär Ban Ki Moon im Juli 2007 vorlegte.

Die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen, die weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung haben, ist zwar von 1,25 Milliarden (1990) um 19 Prozent auf 980 Millionen (2004) gesunken. Dieser Rückgang ist aber vor allem auf das rasante ökonomische Wachstum in Südostasien zurückzuführen. In Subsahara Afrika kam es nur zu einer leichten Verbesserung und in West-Asien nahm der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen sogar zu. Auch der Anteil der Hungernden ging weltweit leicht zurück, bedingt durch das Bevölkerungswachstum stieg jedoch die absolute Zahl der Hungernden von circa 800 Millionen (1990) auf 854 Millionen (2004).

Bei den Hauptzielen, der Bekämpfung von Armut und Hunger, weist Subsahara Afrika die größten Defizite auf.

Der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen fiel dort zwar von 46,8 Prozent (1990) auf 41,1 Prozent (2004), damit ist er aber mehr als doppelt so hoch, wie der weltweite Anteil extremer Armut.

Grundsätzlich lassen sich für jedes MDG Beispielländer benennen, die auf einem guten Weg sind. Insgesamt aber reichen die Fortschritte bei Weitem nicht aus, um die MDG in allen Ländern bis zum Jahr 2015 zu verwirklichen. In einigen Ländern, insbesondere in Subsahara Afrika, sind sogar Rückschritte zu verzeichnen. Dringenden Handlungsbedarf gibt es in vielen Ländern auch bei der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit (MDG 7).

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiert in ihrem diesjährigen Bericht zur Armutsbekämpfung, dass die MDG-relevanten Sektoren Grundbildung und Gesundheit einen zu geringen Stellenwert in der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) haben. Das Aktionsprogramm 2015, das die Bundesregierung im Jahr 2001 zur operativen Umsetzung

der MDG vorlegte, sei inzwischen „sang- und klanglos von der Bühne verschwunden“ (GKKE, 2007, S. 8).

Anlässlich der MDG-Halbzeit haben das Global Policy Forum Europe (GPF) und terre des hommes eine Studie zum Stand der Umsetzung der MDG vorgelegt. Auch sie konstatiert Fortschritte in unterschiedlichen Ländern, kommt insgesamt aber zu dem Schluss, dass die Halbzeitbilanz der MDG ein „doppeltes Armutszeugnis“ für die Regierungen darstelle: „Ein Armutszeugnis für die Regierungen der reichen Länder, die bislang weder zu substanziellen Zugeständnissen in der internationalen Handelspolitik und bei der dauerhaften Lösung der Schuldenprobleme des Südens bereit waren, noch die notwendigen finanziellen Ressourcen

zur Armutsbekämpfung als „fresh money“ bereitgestellt haben. Und ein Armutszeugnis für viele Regierungen des Südens, die allzu oft ihre Politik nicht auf die Bekämpfung der Armut, die Überwindung sozialer Disparitäten und die Mobilisierung heimischer Ressourcen ausgerichtet haben.“ (GPF/tdh, 2007, S. 42).

Eine Ursache für unzureichende Fortschritte bei der Erreichung der MDG sieht die Studie in politischen und konzeptionellen Defiziten, beispielsweise einer technokratischen Armutsdefinition und mangelnder Berücksichtigung struktureller Fragen wie der ungleichen Verteilung von Vermögen, Landbesitz und politischer Macht, den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den geopolitischen Interessen des Nordens. Fragen, die im MDG-Konzept weitgehend ausgeblendet werden.

Für die „Zweite MDG-Halbzeit“ sind also sowohl erhöhte politische und finanzielle Anstrengungen im Norden wie im Süden als auch konzeptionelle Weiterentwicklungen des MDG-Ansatzes gefragt.

Literatur:

United Nations – The Millennium Development Report 2007, New York 2007

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE): Halbzeit für die Millenniumsziele – Sechster GKKE-Bericht zur kohärenten Armutsbekämpfung in der deutschen Entwicklungspolitik, Bonn/Berlin, 2007

Global Policy Forum Europe, terre des hommes: Armutszeugnis – die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, Halbzeitbilanz – Defizite – Perspektiven, Bonn 2007

Claus Körting ist Projektleiter des VENRO-Projekts „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“.



Gender und Wirkungsbeobachtung in der Entwicklungszusammenarbeit

Um zu gewährleisten, dass entwicklungspolitische Maßnahmen eine nachhaltige Wirkung entfalten, muss ihre Qualität kontinuierlich überprüft werden. Auch wenn Nichtregierungsorganisationen der Wirkungsbeobachtung in den letzten Jahren zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet haben, ist damit eine besondere Herausforderung verbunden. Dies gilt umso mehr für eine Wirkungsbeobachtung, die für sich in Anspruch nimmt, „gendersensibel“ zu sein. Denn um die komplexe Dynamik von Geschlechterungleichheiten in der Entwicklungszusammenarbeit zu erfassen, müssen nicht nur ein umfassendes Verständnis dieser Ungleichheiten, sondern auch entsprechenden Methoden und Gender-Tools in die Analyse einbezogen werden.

Die VENRO-Steuerungsgruppe Gender und NGO-IDEAS¹ haben die zunehmende Bedeutung von gendersensiblen Wirkungsanalysen zum Anlass genommen, sich mit ihrer konkreten Umsetzung zu beschäftigen: Wie lässt sich die Wir-

kung von Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf eine Angleichung der Geschlechterverhältnisse beobachten? Wie kann der Gender-Ansatz nicht nur Eingang in die Planung, Durchführung und Evaluierung von Entwicklungsmaßnahmen finden, sondern auch in die Analyse ihrer Wirkungen?

Als insgesamt erfolgreich wird eine Maßnahme bewertet, wenn sie die Lebenssituation der Zielgruppen positiv verändert hat. Trotzdem gilt es auch hier, nach „Wirkungen“ und „Nebenwirkungen“ zu fragen, die nicht immer gleichermaßen positiv sein müssen. Eine zunächst als vorteilhaft eingeschätzte Maßnahme kann de facto negative Nebenbef-

1 NGO-IDEAS ist ein Zusammenschluss von 14 deutschen und 32 indischen Nichtregierungsorganisationen, die in einem gemeinsamen Projekt Konzepte partizipativer Wirkungsbeobachtung entwickeln und dokumentieren. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kofinanziert.

VENRO-Struktur 2007

Mitgliederversammlung

VORSTAND

Vorsitzende

Dr. Claudia Warning
(Evangelischer
Entwicklungsdienst)

Stellvertreter/-innen

Jürgen Lieser
(Deutscher Caritasverband)
Prof. Dr. h.c. Christa
Randzio-Plath
(Marie-Schlei-Verein)
Ulrich Post
(Deutsche Welthungerhilfe)

Schatzmeister

Bernd Pastors
(action medeor)

VORSTANDSMITGLIEDER

Dr. Bernd Bornhorst (Misereor)
Monika Dülge (Eine Welt Netz NRW)
Jürgen Hammelehle (Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe)
Hildegard Peters (Kindernothilfe)
Ralf Tepel (Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie)

ARBEITSGRUPPEN

AG Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit
AG Entwicklungspolitische Inlandsarbeit
Ad-hoc AG Spendenrecht

AG Internationale Finanzinstitutionen
AG Kofinanzierung
AG Gender
Ad-hoc AG Konflikte

AG Humanitäre Hilfe
AG Europäische Entwicklungspolitik
Ad-hoc AG Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst

Aktion „Deine Stimme gegen Armut“:
AG Medien/Mobilisierung
AG Politik
AG P8-Konzert

GESCHÄFTSSTELLE

GESCHÄFTSFÜHRERIN

Dr. Ulla Mikota

Geschäftsstelle Bonn

Referent/-innen

Dirk Bange (bis 06.07)
Stefan Kreuzberger
(Öffentlichkeitsarbeit, Inlandsarbeit)
Anke Kurat
(Stellv. der Geschäftsführung, Europäische Entwicklungspolitik)
Peter Runge
(Entwicklungsfinanzierung, humanitäre Hilfe)

Verena Wiesmann

(Verbandsmanagement)

Astrid Lohbeck (Finanzen)

Projekt EU-Ratspräsidentschaft

Anke Kurat (Koordinatorin)

Marc Baxmann

Sekretariat

Marit Koehler

Büro Berlin

„Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Dr. Gerhard Gad †

Claus Körting (ab 09.07)

(Projektleiter)

Merle Bilinski

(Projektreferentin)

Aktionsbüro „Deine Stimme gegen Armut“ (Berlin)

Uli Schlenker (Koordinator), Bodo Ellmers, Björn Lampe, Stefan Kreuzberger, Katharina Weltecke
Team Grönemeyer: Imke Sommerkamp, Marcus Beck

Mitgliederentwicklung

VENRO hat zurzeit 107 Mitgliedsorganisationen, davon 11 Gastmitglieder. Die Gesamteinnahmen aller Mitgliedsorganisationen zusammen liegen bei gut einer Milliarde Euro pro Jahr. Neu hinzu stießen im Jahr 2007 die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW), die Organisation HelpAge, Das Hungerprojekt sowie UNICEF Deutschland als Gastmitglied.

Die Geschäftsstelle

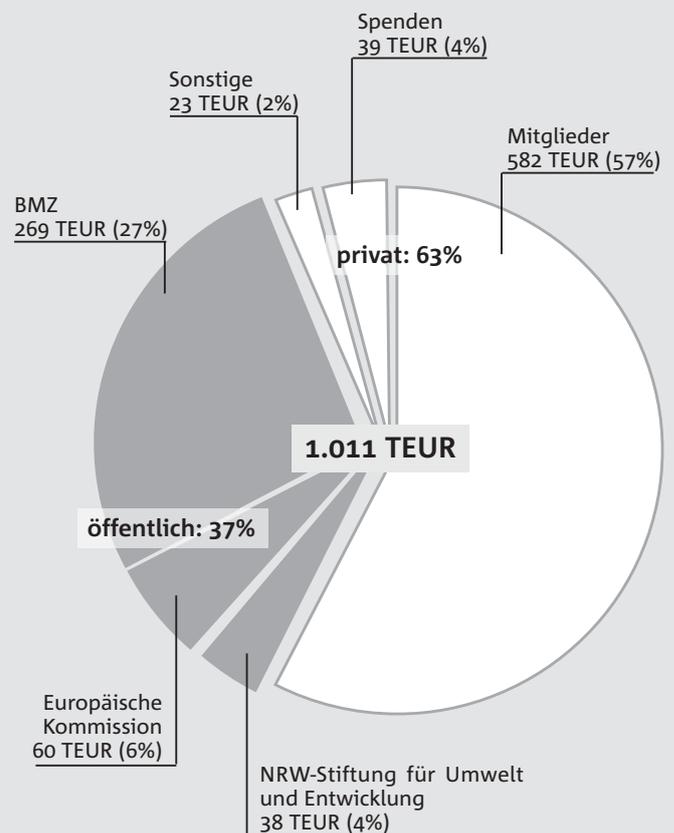
VENRO ist mit der Geschäftsstelle in Bonn und einem ständigen Büro in Berlin seit Jahren an den entwicklungspolitisch wichtigen Standorten vertreten. Im Berliner Büro ist auch das Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“ untergebracht. In 2007 hat auch die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ ein Projektbüro in Berlin bezogen.

Mittelherkunft

VENRO standen in 2006 insgesamt 1.011 TEUR an Mitteln zur Verfügung, wovon 63% aus privaten und 37% aus öffentlichen Quellen stammten.

Den Hauptanteil am Gesamthaushalt machten mit 57% die Mitgliedsbeiträge und freiwilligen Zuschüsse der 107 VENRO-Mitgliedsorganisationen aus. Des Weiteren gab es eine Spende von Media Control für die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ (4%). Unter die Position „Sonstige“ (2%) sind Kostenbeteiligungen von Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen für Veranstaltungen, Verkaufserlöse der Aktion „Deine Stimme gegen Armut“, Zinsen und kleinere Erstattungen zusammengefasst.

Öffentliche Zuwendungsgeber waren in 2006 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Europäische Kommission und die NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Der Anteil des BMZ am VENRO-Gesamthaushalt betrug 27% und war für die Finanzierung der Projekte „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“, „Entwicklung und Sport“ und das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ bewilligt worden. Der Anteil der Europäischen Kommission am Gesamthaushalt betrug in 2006 insgesamt 6% und bezog sich auf das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Der Anteil der NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung betrug 4%. Ihre Mittel dienen zur Finanzierung der Veranstaltungsreihe „Bonner Impulse 2006“.



Mittelverwendung

VENRO-Kernhaushalt

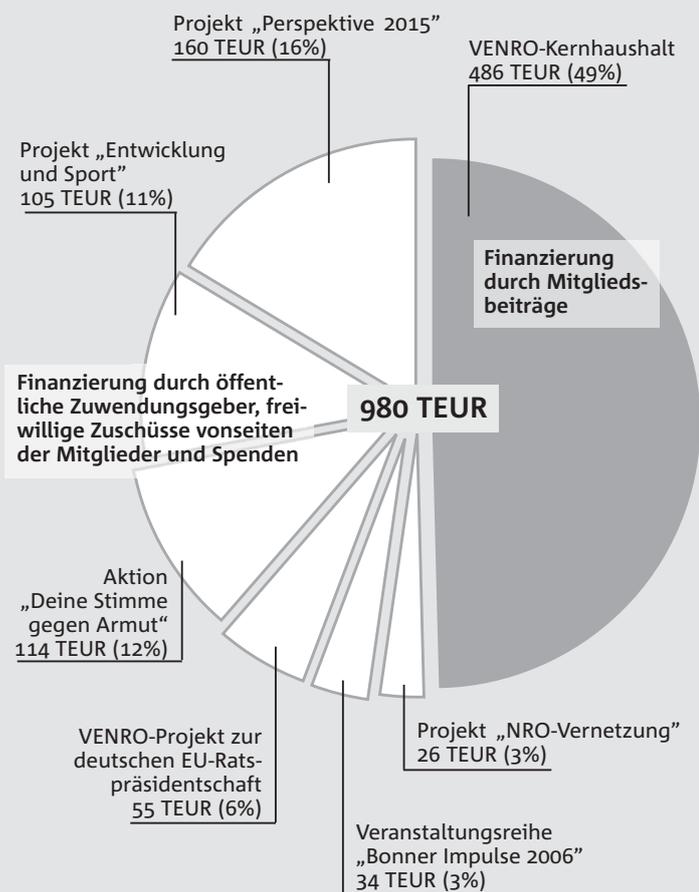
Der VENRO-Kernhaushalt umfasste die Personal- und Sachaufwendungen für die inhaltlichen und administrativen Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche der Geschäftsstellen in Bonn und Berlin. Dazu gehörten die Personalaufwendungen ohne Drittmittelprojekte, die Aufwendungen für die satzungsgemäßen Gremien (Mitgliederversammlung, Vorstand, Arbeitsgruppen, Schlichtungsstelle), die Aufwendungen für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und des Arbeitsprogramms, die Aufwendungen für den Mitgliedsbeitrag für den europäischen Dachverband CONCORD und die Aufwendungen für Sachmittel der beiden Geschäftsstellen.

Drittmittelprojekthaushalte:

Zu den Drittmittelprojekten zählten in 2006:

- Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“
- Aktion „Deine Stimme gegen Armut“
- Projekt „Entwicklung und Sport“
- VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Afrikas Perspektive – Europas Politik“
- Veranstaltungsreihe „Bonner Impulse 2006“
- Projekt „NRO-Vernetzung“

Die Einzelhaushalte der verschiedenen Projekte wurden aus Mitteln öffentlicher Zuwendungsgeber (BMZ, Europäische Kommission, NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung), freiwilligen Zuschüssen vonseiten der VENRO-Mitglieder und Spenden finanziert. Jeder Einzelhaushalt umfasste die Personal- und Sachaufwendungen für die Projektmaßnahmen.



| Bilanz zum 31. Dezember 2006 | | 2006 | 2005 |
|--|--|-------------------|------------|
| AKTIVSEITE | | | |
| | | EUR | TEUR |
| A. Anlagevermögen | | | |
| Sachanlagen | | | |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | | 20.331,73 | 17 |
| B. Umlaufvermögen | | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | 68.811,22 | 40 |
| II. Guthaben bei Kreditinstituten | | 142.994,62 | 128 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | | 0,00 | 0 |
| | | <u>232.137,57</u> | <u>185</u> |

| | | 2006 | | 2005 | |
|---|--|-------------|-------------------|------|------------|
| PASSIVSEITE | | | | | |
| | | EUR | EUR | TEUR | TEUR |
| A. Eigenkapital | | | | | |
| Stand 1.1.2006 | | 87.754,39 | | 104 | |
| Jahresfehlbetrag/-überschuss | | + 31.242,76 | 118.997,15 | - 16 | 88 |
| B. Sonstige Rückstellungen | | | | | |
| I. Steuerrückstellungen | | 3.930,00 | | 4 | |
| II. Sonstige Rückstellungen | | 44.302,52 | 48.232,52 | 9 | 13 |
| C. Verbindlichkeiten | | | | | |
| I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 48.466,37 | | 16 | |
| II. Sonstige Verbindlichkeiten | | 9.694,03 | 58.160,40 | 47 | 63 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 6.747,50 | | 21 |
| | | | <u>232.137,57</u> | | <u>185</u> |



fekte zeigen: Oft hat zum Beispiel die Einrichtung einer dezentralen Wasserversorgung dazu geführt, dass Frauen von sozialen Kontakten ausgeschlossen wurden. Obwohl mit den Wasseranschlüssen eine Arbeitserleichterung verbunden war, wurde ihnen die Möglichkeit genommen, sich mit anderen Frauen am Brunnen zu treffen, um Probleme und Handlungsmöglichkeiten zu besprechen. Es ist daher von zentraler Bedeutung, nicht nur die erbrachten Leistungen anzuschauen, sondern die tatsächlichen Wirkungen der Maßnahmen auf die Zielgruppen zu analysieren. Um die komplexe Natur solcher Wirkungszusammenhänge zu erfassen, versucht die Wirkungsbeobachtung einzuschätzen, zu welchem Anteil die Maßnahme selbst für Veränderungen verantwortlich ist und welche externen Faktoren den Prozess maßgeblich mit beeinflusst haben. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Formulierung von Indikatoren, mit denen Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen erfasst werden können.

Die Entwicklung gendergerechter Indikatoren erfordert eine starke Kontextsensibilität. Deshalb eignen sich nach Eberhard Gohl² in Fällen, in denen die zu erwartenden Veränderungen noch offen sind, qualitative Interviews. Ein solches Vorgehen gewährleistet nicht nur die Partizipation der betroffenen Frauen und Männer im Prozess der Wirkungsanalyse, sondern führt auch dazu, dass sich die Dynamik von Ungleichheiten leichter erfassen lässt. Anhand der formulierten Indikatoren lassen sich schließlich voneinander unabhängige Messungen vornehmen, die die Situation von

Frauen und Männern vor und nach der Intervention getrennt ermitteln. Die Daten sollten dabei nicht nur nach Geschlecht, sondern auch nach sozialen und/oder regionalen Kriterien aufgeschlüsselt werden, um ein Monitoring und Evaluationssystem aufzubauen, das auf allen Ebenen der Wirkungsanalyse Gender-Gesichtspunkte berücksichtigt.

Die systematische Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven von Frauen und Männern im Prozess der Wirkungsanalyse ermöglicht es, geschlechtsspezifische Wirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen offenzulegen. Auf diese Weise lässt sich der Bedarf an Maßnahmen der Frauenförderung und des Empowerment ermitteln, um ihn schließlich angemessen in Programme und Projekte einfließen zu lassen. Diese Perspektive macht deutlich, dass eine gezielte Berücksichtigung von Gender-Interessen in der Wirkungsbeobachtung nicht zu zusätzlichem Arbeitsaufwand führen muss, sondern die Arbeit vielmehr erleichtert: Auch ein noch so gut geplantes Projekt wird hingegen zum Misserfolg führen, wenn diese Interessen außer Acht gelassen werden.

Merle Bilinski ist Projektreferentin im VENRO-Projekt „Perspektive 2015“ und in der VENRO-Geschäftsstelle zuständig für den Arbeitsbereich Gender.



Marie Ganier-Raymond ist selbstständige entwicklungspolitische Beraterin und Sprecherin der Steuerungsgruppe Gender von VENRO.



2 Eberhard Gohl (2007): VENRO-Workshop Gendersensible Wirkungsbeobachtung. Handouts.

Macht der Klimawandel Erfolge der Armutsbekämpfung zunichte? Neue Herausforderungen für die Zivilgesellschaft

Selten zuvor hat der Klimawandel soviel öffentliche und politische Aufmerksamkeit erhalten wie im Jahr 2007. Ein Hauptfaktor war die Veröffentlichung des Vierten Sachstandsberichts des UN-Klimawissenschaftlergremiums IPCC. Die Auswirkungen auf die Menschen, insbesondere in Entwicklungsländern, werden immer sichtbarer: zurückgehende Niederschläge in Teilen Afrikas, Gletscherschmelze mit der Folge von langfristiger Wasserknappheit in den Anden und im Himalaya, Trockenheit im Amazonas-Gebiet. Der IPCC (aber insbesondere die Realität selbst) hat massiv dazu beigetragen, dass sich auch in den Entwicklungsländern die Wahrnehmung dieser Gefahren deutlich verändert hat.

Steigende Temperaturen in den nächsten zwei Jahrzehnten sind nicht mehr zu verhindern, selbst wenn morgen alle Kraftwerke abgeschaltet würden. Anpassung an diese nicht mehr vermeidbaren Folgen ist daher gerade für die ärmsten Länder unabdingbar. Anpassung ist aber weit mehr, als Deiche gegen den Anstieg des Meeresspiegels zu bauen. Es geht insbesondere um die Integration von Entwicklungsstrategien und der Herausforderung Klimawandel, also um eine „anpassende Entwicklung“. Die Verringerung der Verletzlichkeit der Ärmsten – die Armutsbekämpfung selbst – muss daher im Kern jeder Anpassungsstrategie stehen, soll sie insgesamt zum Erfolg führen. Die meisten staatlichen wie auch nichtstaatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit stehen noch ganz am Anfang, dieser neuen Herausforderung angemessen zu begegnen.

Ob das Jahr 2007 auch das Jahr des klimapolitischen Durchbruchs sein wird, ist noch offen. Was dafür notwendig wäre, ist relativ klar: Begrenzung des Temperaturanstiegs auf unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Mindestens eine Halbierung der globalen Treibhausgasemissionen bis Mitte des Jahrhunderts (gegenüber dem Stand 1990). Und das bei einem allen Menschen gleichermaßen zustehenden Maximalausstoß von zwei Tonnen pro Jahr und Kopf. Darüber hinaus bedarf es der stärkeren finanziellen Unterstützung der besonders Betroffenen bei der Anpassung an die Folgen durch die Industrieländer und die neuen Wachstumsinseln im Süden sowie bei der Einführung klimafreundlicher Technologien entsprechend dem Prinzip des „polluter pays“.

Dies sind Kernelemente einer internationalen Politik, die sich an dem Begriff der Klimagerechtigkeit orientiert. Bei einem Mandat für Verhandlungen mit diesen Zielen wäre die UN-Klimakonferenz auf Bali bereits als Erfolg zu bezeichnen. Angesichts der Bedrohung durch den Klimawandel



sowie der Dringlichkeit des Handelns wäre dieser Erfolg allerdings nur ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Von einer Problemlösung sind wir auch dann noch weit entfernt. Die Politik wird die notwendigen Rahmenbedingungen nur setzen, wenn ein starker Rückhalt in der Gesellschaft dafür zu spüren ist. Das ist eine große Herausforderung für die Zivilgesellschaft: den Menschen vermitteln, warum jetzt die Zeit zum Handeln ist, politisch wie privat, und sie zum Handeln, zum Aufstehen für die notwendige Politik bewegen.

Das sind auch die zentralen Ziele der im April gegründeten Klima-Allianz, die mittlerweile fast 100 Organisationen umfasst. Neben Umweltorganisationen sind beinahe alle großen und viele kleinere Organisationen aus dem entwicklungspolitischen Bereich dabei.

Zivilgesellschaftliches Engagement für Klimaschutz ist damit deutlich aus der reinen Umweltecke herausgerückt. Politisch werden die nächsten Jahre zeigen, ob es der Welt gelingt, den Klimawandel im notwendigen Maß zu begrenzen und mit den Folgen umzugehen. Deutschland spielt hier eine wichtige Rolle. Ohne eine größere Mobilisierung der Zivilgesellschaft auf der Straße und an der Wahlurne sind die Chancen hierfür deutlich geringer.

Dr. Bernd Bornhorst ist Mitglied des Vorstands von VENRO und Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik bei MISEREOR.



Sven Harmeling ist Referent und NRW-Fachkoordinator für Klima & Entwicklung bei Germanwatch.



Energie: Schmierstoff für Entwicklung?

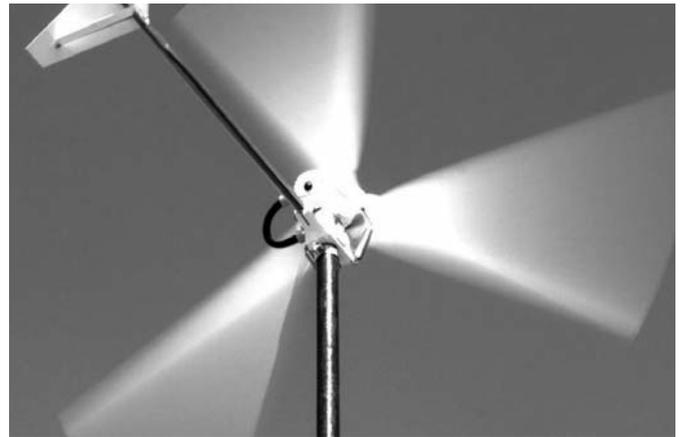
100 Dollar pro Barrel Öl – die magische Grenze ist erreicht. Noch vor Kurzem war dies ein Wert, den die professionellen Auguren der Energiemärkte für irgendwann in einigen Jahrzehnten prognostizierten. Der World Energy Outlook der International Energy Agency (IEA) 2000 ging noch von einem Ölpreis von 28 Dollar im Jahr 2020 aus – und prognostizierte einen entsprechend dramatischen Verbrauchsanstieg. Was für ölexportierende Staaten eine wahre Goldgrube ist, ist für ölimportierende Staaten inzwischen zur Entwicklungsbremse Nummer Eins geworden. Tansania zum Beispiel musste 2002 noch 189 Millionen Dollar für seine Ölrechnung bezahlen, 2006 waren es schon 480 Millionen.

Umso dringender ist es für solche Länder, dass die globale Energiewende möglichst rasch stattfindet. Nicht weil Tansania für die globalen CO₂-Emissionen irgendeine signifikante Bedeutung hat, sondern weil Tansania für seine Entwicklung von Energieimporten so schnell wie möglich unabhängig werden muss. Sonst hat ein solches Land nur noch die Wahl zwischen Verschuldung für Ölimporte oder Verzicht auf Entwicklung wegen unbezahlbarer Ölimporte.

Im Prinzip gilt für Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen, dass die Energiepolitik heute und in Zukunft auf zwei Pfeilern ruhen muss: auf dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und auf der Energieeffizienz. Von regionalen Sonderfällen abgesehen sind dies in der Praxis Wind-, Sonnen- und Bioenergie.

Über Bioenergie werden in letzter Zeit Katastrophenmeldungen zuhauf publiziert. Sicher wird dabei vieles falsch gemacht, aber man kann auch das Kind mit dem Bade ausschütten: Einen Verzicht auf Bioenergie kann sich niemand leisten, der ernsthaft eine Energiezukunft jenseits von Kohle und Öl angehen will. Weitaufer zerstörerischere Konsequenzen als moderne Bioenergie hat immer noch die traditionelle Biomasse – der ungezügelter Raubbau von Brennholz aus Mangel an Alternativen. Wenn Bioenergie nicht auf den Anbau von Ölpalmen für den Weltmarkt reduziert wird, sondern zur Strom- und Wärmeerzeugung oder auch zur lokalen Treibstoffproduktion verwendet wird, ist sie insbesondere für ländliche Entwicklung unverzichtbar.

Die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Energiesektor ist inzwischen schon relativ weitgehend auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz eingestellt. Anders sieht es jedoch in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit aus. Die meisten multilateralen Entwicklungsinstitutionen stehen noch mit beiden Beinen fest im Zeitalter der fossilen und sogar atomaren Großpro-



jekte. Man kann es nur noch als grotesken Irrsinn bezeichnen, wenn die International Atomic Energy Agency (IAEA) nun Seminare für afrikanische Regierungen über die „friedliche Nutzung der Atomenergie“ veranstaltet und die EU auf Drängen Frankreichs in der EU-Afrika-Strategie über Atomkraft in Afrika Dialoge veranstalten will. So etwas sind reine Subventionsprogramme für westliche Anlagenhersteller, aber für Armutsbekämpfung sind sie ungefähr so geeignet wie ein Transrapid als Nahverkehrszug für Nairobi. Die Weltbank hat 2006 ihre Ausgaben für fossile Energien um satte 93 Prozent auf 869 Millionen Dollar gesteigert, während Erneuerbare bei vier Prozent des Weltbank-Energiebudgets stagnieren.

Zugegeben, das liegt nicht nur an der Weltbank selbst – auch die meisten Regierungen von Entwicklungsländern sind nach wie vor auf dem „fossilen Trip“. Mit zentralisierten Energiestrukturen lässt sich nach wie vor mehr Macht ausüben und Gewinne privatisieren.

Es wird daher Zeit, auf zivilgesellschaftlicher Ebene die Energiewende von unten voranzutreiben. „Power to the people“ – das hat durchaus doppelte Bedeutung. Dezentralisierte Energiestrukturen haben auch Hebelwirkung für die Dezentralisierung und Demokratisierung politischer Macht. Auch deshalb tragen sie zur Entwicklung bei.

Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung.



weltwärts – mit dem entwicklungspolitischen Freiwilligendienst

Am 3. September 2007 stellte das BMZ der Öffentlichkeit den neuen Freiwilligendienst weltwärts vor, der ab Januar 2008 startet. Junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren können für einen Zeitraum von sechs bis 24 Monaten einen Freiwilligendienst in einem Projekt der Entwicklungszusammenarbeit ableisten. Voraussetzungen sind die allgemeine Hochschulreife oder ein Hauptschul- oder Realschulabschluss mit abgeschlossener Berufsausbildung. Der Freiwilligendienst kann anstelle des Zivildienstes angerechnet werden und gilt als Wartezeit für einen Studienplatz. Das Programm richtet sich an junge Menschen mit entwicklungspolitischem Interesse und zielt darauf ab, entwicklungspolitisches Lernen und Engagement zu befördern, vor allem auch nach der Rückkehr aus dem Gastland.



Mit dem jetzt aufgelegten Programm soll es allen interessierten jungen Leuten – gerade auch denjenigen ohne entsprechenden finanziellen familiären Hintergrund – ermöglicht werden, Erfahrungen im Ausland zu sammeln und sich mit der Realität in Entwicklungsländern auseinanderzusetzen. Mit einem jährlichen Finanzvolumen von 70 Millionen Euro sollen 10.000 Einsatzplätze pro Jahr geschaffen werden.

Diese Initiative des BMZ wurde von vielen NRO und von VENRO begrüßt. Es gibt eine lange Tradition der Entsendung von Freiwilligen in Deutschland, sodass auf profunde Erfahrungen aufgebaut werden kann. In einem ausführlichen Konsultationsverfahren hatten die NRO Gelegenheit, ihre Erfahrungen und Vorstellungen in das Konzept des Freiwilligendienstes einzubringen. VENRO begleitete diesen Prozess moderierend.

Die Entsendeorganisationen in Deutschland und die Partnerorganisationen im Süden stehen vor großen Herausforderungen bei der Umsetzung des Programms. Um die anstehenden Aufgaben besser bewältigen zu können, haben sich viele NRO in Verbänden zusammengeschlossen, die als Interessenvertretung der einzelnen NRO sowie als Clearing Stelle fungieren sollen: Es gibt einen katholischen, einen

evangelischen sowie einen nicht konfessionellen Verbund.

Die Verbände fordern über die 580 Euro pro Einsatzplatz hinaus vom BMZ eine Strukturförderung für ihre Arbeit, über die bisher noch nicht entschieden wurde.

Der Forderung nach Beteiligung der NRO an der Ausgestaltung des Freiwilligendienstes wird durch die Gründung eines Beirats entsprochen, der Programmsteuerungsfunktion erhalten wird, während das technische Sekretariat für die Abwicklung des Programms zuständig ist. VENRO fordert, für den Beirat eine/n hauptamtliche/n Geschäftsführer/in zur Unterstützung der Arbeit der Verbände einzustellen.

Auch wenn VENRO die Chancen von weltwärts zur Förderung des entwicklungspolitischen Lernens und des Engagements junger Menschen sieht, gilt es doch hervorzuheben:

weltwärts wird nur ein Erfolg werden, wenn die von den NRO geforderten Qualitätsstandards bei der Auswahl, Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung eingehalten werden (können).

Qualität gibt es nicht zum Nulltarif, das gilt insbesondere für die aufnehmenden Partnerorganisationen, die einen Großteil der Verantwortung tragen. Der Mehraufwand, den sie für eine sinnvolle Einbindung der Freiwilligen in die Projektarbeit leisten müssen, überwiegt bei Weitem gegenüber einem möglichen Nutzen für die Arbeit vor Ort. Eine entsprechender Aufwandsentschädigung ist dringend erforderlich.

VENRO ist sich mit den Trägerorganisationen einig in der politischen Forderung, eine „Reverse-Komponente“ einzuführen, sodass jungen Menschen aus dem Süden ebenfalls die Möglichkeit zum globalen Lernen geboten wird. Erst dann wird aus dem Programm ein „Lernfeld auf Augenhöhe“.

VENRO hält darüber hinaus eine wissenschaftliche Begleitung des weltwärts-Programms für sinnvoll, um sowohl die Erreichung der Qualitätsstandards als auch die Nachhaltigkeit der entwicklungspolitischen Lernprozesse und des angestrebten Engagements junger Menschen zu überprüfen.

Hildegard Peters ist Mitglied des VENRO-Vorstands und leitet seit 2004 das Referat Bildung und Öffentlichkeitsarbeit der Kinder-nothilfe in Duisburg.



Zivilgesellschaftliche Ansätze stärken

Positionspapier zu „Perspektiven für Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan“

Gut sechs Jahre nach dem Sturz der Taliban drohen die Bemühungen um Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan zu scheitern. Auch wenn eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen sind – beispielsweise in den Bereichen Gesundheitsversorgung, politische Mitsprache von Minderheiten, Schulbildung –, haben sich die mit dem Engagement der internationalen Gemeinschaft nach dem 11. September 2001 verknüpften Erwartungen und Hoffnungen der afghanischen Bevölkerung nicht erfüllt.

Stattdessen hat sich die politische, militärische und wirtschaftliche Lage in Afghanistan im Laufe des Jahres 2007 weiter zugespitzt. In verschiedenen Regionen des Landes sind die Auseinandersetzungen mit „oppositionellen bewaffneten Gruppen“, darunter den Taliban, militärisch eskaliert. Das Unvermögen der Regierung Karzai und der internationalen Gebergemeinschaft, flächendeckend funktionsfähige staatliche Strukturen aufzubauen, hat die innenpolitischen Spannungen verschärft und zu einem erheblichen Vertrauensverlust in der Bevölkerung geführt. Damit steht der Einsatz der internationalen Hilfe insgesamt an einem Scheidepunkt.

Anlässlich der Abstimmung des Bundestags im Oktober 2007 über die Verlängerung der Bundeswehrmandate in Afghanistan hat VENRO die Erwartungen und Forderungen der in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen in einem Positionspapier mit dem Titel „Perspektiven für Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan“ zusammengefasst. VENRO plädiert in dem Positionspapier für einen nachhaltigen Strategiewechsel: Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung können nur gelingen, wenn die militärische Gewaltspirale beendet, das Primat der militärischen Konfliktlösung durch einen verstärkten zivilen Wiederaufbau abgelöst und das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zurückgewonnen wird. Aus Sicht der deutschen NRO sollte die „Operation Enduring Freedom“ so schnell wie möglich eingestellt werden, weil sie sich politisch als kontraproduktiv herausgestellt hat und von der afghanischen Zivilbevölkerung abgelehnt wird.

Die in Afghanistan derzeit engagierten deutschen NRO, wie Caritas international, Deutsche Welthungerhilfe, Malteser International, medico international, medica mondiale, Misereor und Afghanistan-Schulen haben durch ihre nachhaltigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten einen engen Kontakt zur afghanischen Bevölkerung. Sie tragen parallel zum Staatsaufbau wesentlich zum zivilen Wiederaufbau Afghanistans bei. Die beteiligten internationalen NRO können auf gewachsene Strukturen zurückgreifen und verfügen über langjährige Erfahrungen hinsichtlich der Menschenrechtsarbeit und der



Not- und Entwicklungszusammenarbeit. Sie streben die Umsetzung langfristiger und prozessorientierter Kooperationen mit lokalen Akteuren an.

Die Stärkung der Zivilgesellschaft kann nur gelingen, wenn alle ethnischen und religiösen Minderheiten in der Gesamtheit repräsentiert und angehört werden. Auch die Zusammenarbeit mit traditionellen Führern darf nicht ausgeschlossen werden. Traditionelle Konfliktlösungsmechanismen, wie sie beispielsweise in den „Shuras“ und „Jirgas“ geschehen, müssen dabei miteinbezogen werden. Eine entscheidende Frage beim Aufbau der Zivilgesellschaft liegt in der Überwindung des in Afghanistan immensen Stadt-Land-Gegensatzes. Entsprechend muss beim Einsatz der internationalen Hilfe darauf geachtet werden, dass sie alle Regionen Afghanistans erreicht.

Peter Runge ist Referent für Humanitäre Hilfe in der VENRO-Geschäftsstelle.



Info

Neuerungen im steuerlichen Spendenrecht

Seit dem 10. Oktober 2007 gilt das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“, um Initiativen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, weitgehend von Steuern zu befreien. Darüber hinaus dient das Gesetz zur Schaffung weiterer Anreize für Spenden und Stiftungsgründungen und soll Rahmenbedingungen verbessern, die die ehrenamtliche Arbeit der Bürgerinnen und Bürger fördern. Diese Verbesserungen gelten rückwirkend zum 1. Januar 2007.

Der Gesetzgeber hat vor allem die seit vielen Jahren bestehende Ungleichbehandlung der steuerlichen Begünstigung der Zwecke beendet und den Umfang der Begünstigung deutlich verbessert:

- An die Stelle der vom geförderten Zweck abhängigen Höchstsätze von fünf bzw. zehn Prozent des Gesamtbeitrags der Einkünfte tritt ein einheitlicher Satz von 20 Prozent.
- Sonderregelungen, die nur bestimmte Zwecke oder bestimmte Empfängergruppen betreffen, fallen weg.
- Überschreiten die Zuwendungen die 20-Prozent-Grenze, so können die übersteigenden Beträge in die nachfolgenden Jahre vorgetragen werden.

Für Stiftungen wurde die zugelassene Grenze von Vermögensstockzuwendungen von 307.000 Euro auf insgesamt eine Millionen Euro erhöht und beschränkt sich nicht mehr allein auf Stiftungsneugründungen, sondern auf Stiftungszuwendungen aller Art (z.B. Zustiftungen). Diese zusätzliche Regelung kann bis zu diesem Betrag alle zehn Jahre einmal in Anspruch genommen werden.

Bei Kleinspenden können die Finanzämter von der Vorlage einer Zuwendungsbestätigung nach amtlichem Muster nach wie vor absehen und stattdessen Kontoauszüge oder elektronische Bareinzahlungsbelege (auch PC-Banking-Belege) anerkennen, die in Verbindung mit einer Information zur steuerlichen Freistellung der Organisation vorgelegt werden.

Die Freigrenze wurde hierbei pro Zuwendung von 100 Euro auf 200 Euro erhöht. Der Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter, Erzieher, Ausbilder, Künstler oder Pfleger alter, behinderter oder kranker Menschen wurde von 1.848 Euro auf 2.100 Euro erhöht. Mit dem neu eingeführten § 3 Nr. 26a EStG erspart der Gesetzgeber den

ehrenamtlich Tätigen bis zum Betrag von einmalig 500 Euro pro Jahr den Einzelnachweis ihrer tatsächlichen Aufwendungen.

Veränderungen für die Organisationen

Der Katalog der steuerbegünstigten Zwecke wurde leicht erweitert und offen gelassen. Die wesentliche Neuerung ist die begrüßenswerte Verbindung von Gemeinnützigkeit und Spendenabzug im neu geregelten § 52 Abs. 2 AO. Die §§ 48 und 49 EStDV fallen weg, ebenso der Katalog der gemeinnützigen Zwecke nach Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 EStDV. Ausdrücklich in den neuen Katalog aufgenommen wurde die Förderung des demokratischen Staatswesens und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke. Der Begriff „Förderung der Entwicklungshilfe“ wurde redaktionell durch die zeitgemäße Formulierung „Förderung der Entwicklungszusammenarbeit“ ersetzt.

Bewertung

Der Gesetzgeber hat einen deutlichen Schritt in die richtige Richtung vorgenommen – leider aber bedeutende Vorschläge der verbandsübergreifenden Projektgruppe „Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts“, an der auch VENRO seit vielen Jahren mitwirkt, nicht aufgegriffen. So hat er sich nicht entschließen können,

- eine europakonforme Anpassung des Umsatzsteuerrechts vorzunehmen,
- das Zuwendungsrecht zu entbürokratisieren,
- Rechtssicherheit bei der erstmaligen Anerkennung von gemeinnützigen Einrichtungen zu schaffen,
- die bestehenden Rechtsunsicherheiten bei der Beurteilung der Gemeinnützigkeit von Zweckbetrieben zu beseitigen,
- für die NRO den wichtigen Auslandstätigkeitserlass zu aktualisieren.

VENRO-Mandatsträger Willibald Geueke hat eine synoptische Übersicht aller Änderungen erstellt. Zu finden unter: www.dfrv.de/fileadmin/pdf_upload/_nderungGemeinn_tzigkeit.pdf

Globales Lernen – Ein Austausch zwischen Theorie und Praxis

Die Auswirkungen globaler Entwicklungen auf den Alltag, die Kultur und politischen Systeme der Welt verlangen eine neue Art der Wissensaneignung. Der Ansatz des Globalen Lernens ist erfreulicherweise mittlerweile ein wissenschaftlich breit diskutiertes Feld. Der Bildungsbereich fokussiert auf die weltweiten sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklungen. Dabei will er nicht nur Wissen vermitteln, sondern konkrete Handlungsansätze aufzeigen.

Die Förderung des Austausches zwischen Theorie und Praxis ist eine Aufgabe, die speziell die Eine-Welt-Landesnetzwerke als besondere Herausforderung für sich begreifen: die eigene Praxis immer wieder kritisch zu überprüfen, anhand von einzelnen konkreten Erfahrungen in den Projekten, systematischer Evaluierung, neuer Forschungsergebnisse und Weiterentwicklung der Theorie.

Landesnetzwerke als Motoren

Die Landesnetzwerke sind diejenigen, die diese Reflexion in die Breite und an die Basis kommunizieren, nämlich zu den Anbietern des Globalen Lernens vor Ort. Dies ist eine der Voraussetzungen für ein hohes qualitatives Niveau und eine kontinuierliche Verbesserung der pädagogischen Angebote. Es geht insbesondere darum, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure in diesem Bereich gestärkt werden, ganz wie es das Prinzip der Subsidiarität vorgibt. Das Engagement der NRO ermöglicht die Vielfalt, Kreativität und Berücksichtigung der Bedingungen vor Ort, die das Globale Lernen erst lebendig macht. Dieses Engagement zu unterstützen und zu ermöglichen, betrachtet VENRO als eine der wesentlichen Aufgaben staatlichen Handelns in diesem Kontext.

Orientierungsrahmen für Globale Entwicklung

Hier gibt es positive Entwicklungen in der jüngsten Zeit, beispielsweise die Verabschiedung des Orientierungsrahmens für Globale Entwicklung durch die Kultusministerkonferenz. Der Orientierungsrahmen ist durch seine curriculare Form für die Umsetzung in der Schule gut handhabbar. Seine Umsetzung ist in den Ländern aber keineswegs verbindlich und es bedarf auch hier des Engagements der NRO, um seine Inhalte in der Schule konkret werden zu lassen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Umsetzung des Orientierungsrahmens ist seine Integration in die Lehrerbildung. Globales Lernen muss hier verankert und als Bezugsgröße gestärkt werden, um wirksam werden zu können.



Etliche Landesnetzwerke engagieren sich bereits für einen regelmäßigen Austausch mit den Lehrerfortbildungsstellen, Universitäten und Hochschulen und bieten sich als Partner für den gemeinsamen Diskurs an.

Langfristige Verlässlichkeit versus gezwungene „Innovation“

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Globalen Lernens werden in der Förderlandschaft bis dato nur sehr unbefriedigend berücksichtigt. Anstatt dauernd das Kriterium einer vermeintlichen „Innovation“ in den Mittelpunkt zu stellen und diese zum Maßstab für Qualität zu machen, müssen die Förderprogramme so konzipiert sein, dass sie die nötige Langfristigkeit, den Transfer bewährter Modelle und eine entsprechende Verlässlichkeit für die Zielgruppen gewährleisten können. Die Notwendigkeit einer langfristigen institutionellen und strukturellen Förderung der Bildungsarbeit der NRO sei hierbei besonders betont.

Als seinen Beitrag zur Stärkung eines entsprechenden Dialoges wird VENRO Ende 2007 eine neue Publikation zum Thema herausgeben, die einen Überblick über den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs geben und konkrete Projekte der Praxis des Globalen Lernens vorstellen wird.

Monika Dülge ist Mitglied des Vorstands von VENRO und dem Eine Welt Netz NRW.



Stefan Kreutzberger ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der VENRO-Geschäftsstelle.



Aktuelle VENRO-Publikationen zum Thema „Zivilgesellschaft und Entwicklung“

„Mein Wort zählt“ Mikrokredite: Kleines Kapital – große Wirkung, Mai 2007

Glaubwürdigkeit der Mächtigen auf dem Prüfstand: Konkret für Umwelt und Entwicklung handeln! Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm

Lernen aus der Katastrophe? Die Tsunami-Hilfe der deutschen NRO, VENRO-Arbeitspapier Nr. 18, August 2007

Perspektiven für Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan, VENRO-Positionspapier, Oktober 2007

Frauenförderung und Gender Mainstreaming: Perspektiven zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit, VENRO-Positionspapier, November 2007

Auswertungsbroschüre der Aktion „Deine Stimme gegen Armut“, Dezember 2007

Im Rahmen des Projekts „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“:

Welche Konditionalitäten braucht die Entwicklungszusammenarbeit? „2015 im Gespräch“ Heft 10, Januar 2007

Ausländische Direktinvestitionen – Königsweg für die Entwicklung des Südens? „2015 im Gespräch“ Heft 11, November 2007

Rücküberweisung von ArbeitsmigrantInnen als Ausweg aus der Armut? Eine Studie am Fallbeispiel des indischen Bundesstaats Kerala „2015 auf dem Campus“ Heft 1, November 2007

Sweatshop als Entwicklungsmotor? Erfahrungen aus der honduranischen Bekleidungsindustrie „2015 auf dem Campus“, Heft 2, Dezember 2007

Good Governance – ein Allheilmittel zur Armutsreduktion? Eine Bestandsaufnahme deutscher Entwicklungszusammenarbeit in Sambia „2015 auf dem Campus“ Heft 3, Dezember 2007

Im Rahmen des VENRO-Projekts zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft:

Afrikas Perspektive – Europas Politik, Beilage des VENRO-Projekts in der Tageszeitung „taz“ vom 14. Mai 2007

VENRO (Hrsg.): **Prospects for Africa – Europe’s Policies,** Dokumentation der internationalen Konferenz am 12. März 2007, Juli 2007

action medeor (Hrsg.): **Responsibilities of Governments & Civil Society in the Fight Against HIV and AIDS in Africa – The Way Forward to 2015,** August 2007

Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.): **Civilian Conflict Transformation and Peace-Building – a Challenge for Africa-Europe’s Policies,** August 2007

terre des homes, WEED (Hrsg.): **David gegen Goliath? Die entwicklungspolitische Kohärenz zukünftiger Freihandelsabkommen zwischen Afrika und der EU,** August 2007

VENRO (Hrsg.): **Building a strategic Partnership between Africa and Europe: The Challenge for Civil Society Organisations,** August 2007

VENRO/Marie-Schlei-Verein (Hrsg.): **Frauen bringen den Wandel. Bilanz und Perspektiven einer geschlechtergerechten Entwicklungszusammenarbeit,** August 2007

Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.): **The 2 degree challenge and a “New Global Deal“ for energy policy. What role for multi-lateral banks and the EU?** August 2007

Germanwatch (Hrsg.): **Anpassung an den Klimawandel in Afrika und die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union,** August 2007

VENRO-Stellungnahme zu den entwicklungspolitischen Ergebnissen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, September 2007

► Alle Veröffentlichungen können Sie kostenlos in der VENRO-Geschäftsstelle bestellen.

VENRO-Mitglieder

action medeor – Deutsches Medikamenten-Hilfswerk • ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe • Ärzte der Welt • Ärzte für die Dritte Welt • Ärzte ohne Grenzen* • AeJ – Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend • AGEE – Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie • AGEH – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe • agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Landesnetzwerke • Akademie Klausenhof • Aktion Canchanabury • Andheri-Hilfe Bonn • Arbeiter Samariter Bund Deutschland • AWO International • AT-Verband* • BDKJ – Bund der Deutschen Katholischen Jugend • Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit* • BEI – Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen • Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung • Brot für die Welt • CARE International Deutschland • Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala • CCF Kinderhilfswerk • Christliche Initiative Romero • Christoffel-Blindenmission • Das Hunger Projekt • DEAB – Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg • DES-WOS – Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen • Deutsche Kommission Justitia et Pax • Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe • Deutsche Stiftung Weltbevölkerung • Deutsche Welthungerhilfe • Deutscher Caritasverband – Caritas International • Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband AK „Parität International“ • Deutsches Blindenhilfswerk • Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge* • Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat* • DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz • Die Lichtbrücke • Dritte Welt JournalistInnen Netz • EED – Evangelischer Entwicklungsdienst • Eine Welt Netz NRW • Eine Welt Netzwerk Hamburg • EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst • Evangelische Akademien in Deutschland • FIAN Deutschland • Gemeinschaft Sant Egidio • Germanwatch Nord-Süd-Initiative • GSE – Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit • Handicap International • HelpAge Deutschland • Hildesheimer Blindenmission* • Hilfswerk der deutschen Lions • ILD – Internationaler Landvolkdienst der KLB • Indienhilfe Herrsching • INKOTA – Ökumenisches Netzwerk • Internationaler Hilfsfonds • Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer • Johanniter-Unfall-Hilfe – Johanniter International • Jugend Dritte Welt • Kairos Europa – Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit • Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie • KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung – Berlin • Kindernothilfe • Lateinamerika-Zentrum • Malteser International • Marie-Schlei-Verein • materra – Stiftung Frau und Gesundheit • medica mondiale • medico international • Misereor Bischöfliches Hilfswerk • Missionszentrale der Franziskaner* • Nationaler Geistiger Rat der Bahà'i in Deutschland • NETZ – Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit • ÖEIW – Ökumenische Initiative Eine Welt • OIKOS Eine Welt • ORT Deutschland • Oxfam Deutschland • Peter-Hesse-Stiftung – Solidarität in Partnerschaft für eine Welt in Vielfalt • Plan International Deutschland • Rhein-Donau-Stiftung* • Rotary Deutschland Gemeindienst* • Senegalhilfe-Verein • SES – Senior Experten Service • SID – Society for International Development • SODI – Solidaritätsdienst International • Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes • Stiftung Entwicklung und Frieden • Stiftung Nord-Süd-Brücken • Susila Dharma – Soziale Dienste • Terra Tech – Förderprojekte Dritte Welt • terre des hommes Bundesrepublik Deutschland • Tierärzte ohne Grenzen* • TransFair – Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ • UNICEF Deutschland* • VEN – Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen • VENROB – Verbund entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs • Weltfriedensdienst • Welthaus Bielefeld • Weltladen-Dachverband • Weltnotwerk der KAB Westdeutschlands • Werkhof Darmstadt • Werkstatt Ökonomie • World Vision Deutschland • W. P. Schmitz Stiftung • WUS – World University Service – Deutsches Komitee • Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand
*) Gastmitglied

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel.: 0228/ 9 46 77-0
Fax: 0228/ 9 46 77-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion: Stefan Kreutzberger, Dr. Ulla Mikota,
Marc Baxmann

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Schreibweise

Die in dieser Publikation verwendeten Bezeichnungen wie Bürger,
Migranten, Experten, Mitarbeiter, Leser schließen die jeweilige
feminine Form ausdrücklich mit ein, auch wenn sie aus Gründen
der besseren Lesbarkeit nicht extra ausgeschrieben wurde.

Fotonachweis:

Stefan Kreutzberger (Umschlag, S. 4, S. 10, S. 11, S. 19), Deutsche
Welthungerhilfe (S. 6, S. 13), Photocase (S. 7), Eljee Bergwerff (S. 9),
Deutsche Welthungerhilfe/ Michael Riehle (S. 14), National Area-
Based Development Programme (NABDP)/ Afghanistan Ministry of
Rural Rehabilitation and Development (S. 17)

Layout: Kava-Design, Bonn, www.kava-design.de

Druck: Druckerei Engelhardt, Eisenerzstraße 26,
53819 Neunkirchen

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier (Öko Art matt)

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Bonn, Dezember 2007

VENRO ist der Bundesverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören mehr als 100 deutsche NRO an, die als Träger der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind. Über Landesnetzwerke sind außerdem rund 2.000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO vertreten.

Der Verband verfolgt das Ziel, den Einsatz der NRO für die Bekämpfung der Armut, die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu verstärken. VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik,
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik,
- übernimmt Anwaltschaft für die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen und
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.,
www.venro.org

Geschäftsstelle

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Tel.: ++49 (0)228/94677-0
Fax: ++49 (0)228/94677-99
Internet: www.venro.org
E-Mail: sekretariat@venro.org